

Wann endet die spartanische Grundfinanzierung?

Im Vergleich zu der außeruniversitären Forschung geht es den Hochschulen finanziell schlecht. Sie sollen mit immer weniger Geld und immer mehr Studenten auskommen.

Von Jürgen Zöllner

In der Politik kommt es darauf an, den richtigen Augenblick zur Lösung großer Probleme zu erkennen und entschlossen zu handeln. Zu Beginn der nächsten Legislaturperiode des Bundes bleibt nur wenig Zeit, um das Kernproblem des deutschen Wissenschaftssystems, die zu geringe Grundfinanzierung der Hochschulen, langfristig zu verbessern.

Immerhin verweisen Parteien darauf, in der nächsten Legislaturperiode des Bundes einen Schwerpunkt im Wissenschaftsbereich setzen zu wollen. Viele Einzelmaßnahmen werden dabei ins Auge gefasst: Frauen- und Nachwuchsförderung, mehr Geld für Fachhochschulen und Medizin und Mittel zur Digitalisierung der Hochschulen. Mutlos nähert man sich dem Kernproblem durch die Hintertür, als scheute man sich, mit versammelter Kraft eine Gesamtlösung durchzusetzen. Sinnvolles wird in Kleinklein zerbröckelt und in viele Einzelprogramme, oft in Wettbewerbe gegossen mit erheblichen Zusatzkosten für Ausstattung und Personal (Overhead) sowie Zeit- und Kraftverschwendung und ohne berechenbare Dauerhaftigkeit für die Hochschulen. Entscheidend wäre, die Grundfinanzierung als Grundlage für alle inhaltlichen Notwendigkeiten zu sichern. Auch wenn alle gerne selbst mehr Finanzmittel hätten, sind sich Vertreter aus allen Bereichen der Wissenschaft in dem Befund einig: Das größte Problem ist die Unterfinanzierung der Hochschulen, des Kernbereichs der deutschen Wissenschaft.

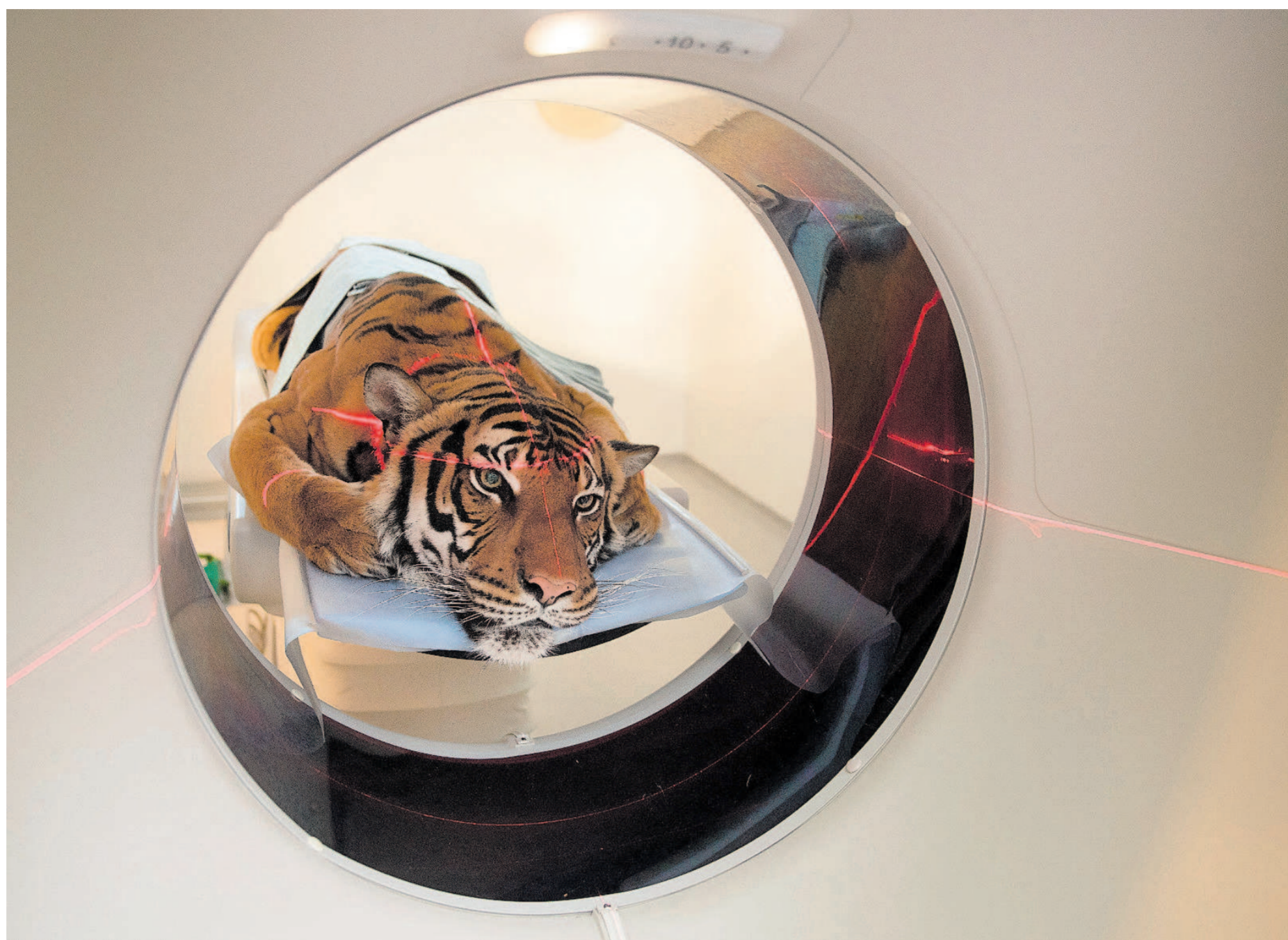
Der pragmatische Ansatz des Schweizer Vorsitzenden der gleichnamigen Kommission Dieter Imboden in seinem Papier zur Exzellenzinitiative gibt Orientierung: in Relation zu den Zuwächsen der außeruniversitären Einrichtungen in den letzten Jahren brauchen die Hochschulen mindestens 20 Prozent mehr. Es geht also um nicht weniger als etwa fünf bis sechs Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich. Reflexartig fordern alle mehr zusätzliche staatliche Finanzierung. Da die meisten Länder dies nicht leisten können, wenden sie sich ausschließlich an den Bund, was völlig unrealistisch ist.

Die Aufgabe ist aber lösbar. Der Bund sollte zunächst bereit sein, seine bisherigen Mittel, hauptsächlich die Milliarden aus den Hochschulpakten, im System zu belassen, und zusätzlich noch etwa zwei Milliarden pro Jahr für die Hochschulen zur Verfügung stellen. Er sollte das aber an die Bedingung knüpfen, dass alle Akteure – Länder, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen – bereit sind, durch Effizienzgewinne, die in unserem differenzierten Wirtschaftssystem bei weitem nicht ausgeschöpft sind, zur adäquaten Grundfinanzierung des Hochschulsystems beizutragen. Beispielfähig könnte ein fünf Milliarden schweres Maßnahmenpaket, ermöglicht durch die Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots und Änderung des Artikels 91b Grundgesetz, wie folgt aussehen:

Bildungsnotizen

Vieles bleibt offen

Die Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbots für den Hochschulbereich (Artikel 91b Grundgesetz) eröffnet dem Bund neue Möglichkeiten, sich an der Hochschulfinanzierung in Ländern zu beteiligen. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern hat nun ein Papier der Staatssekretäre beschlossen, das Möglichkeiten zur Anwendung von Artikel 91b auflistet. Auch wenn danach vieles strittig bleibt, ist man sich immerhin darüber einig, dass die Mittel, die der Bund bisher in den Hochschulpakten investiert hat, auch nach 2020 in die Hochschulen fließen sollen, und zwar dauerhaft. Nach welchen Kriterien das Geld vergeben werden soll, ist strittig. Während die Union Schwerpunkte fördern will, plädiert die SPD für Breitenförderung. Am Hochschulbau will sich der Bund nicht beteiligen – außer bei Forschungsbauten. Die Länder verweisen darauf, dass zum Bestandserhalt von Hochschulgebäuden und Kliniken insgesamt 41 Milliarden Euro aufgewendet werden müssten. „Wenn der politische Wille gegeben ist, kann auch der Hochschulbau gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden“, heißt es in dem Papier. Die Länder hätten auch gern, dass der Bund sich am Ausbau sozialer Infrastrukturen (Wohnheimplätze, Kinderbetreuung et cetera) beteiligt, das will der Bund aber nicht. Strittig ist auch, wie thematische Zentren innerhalb von Universitäten gefördert werden. Der Bund ist der Meinung, das könnten die Länder leisten. oll.



Bildgebend auch bei beweglichen Organen: Computertomograph im Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW) in Berlin

Foto Ullstein

Der Bund könnte etwa eine Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich für die Lehre geben, wobei das Geld direkt an die Hochschulen gehen müsste und nicht über die Finanzminister laufen sollte. Das ist schon jetzt bei der Übernahme der echten Ausbildungskosten für ausländische Studierende üblich.

Der möglicherweise eleganteste Ansatz wäre, wenn der Bund die zusätzliche Milliarde mit den freiwerdenden Mitteln aus dem Hochschulpaket nutzt, um einen bestimmten festen Prozentsatz an die Hochschulen direkt zu überweisen. Dies hätte den charmanten Nebeneffekt, dass die Länder bei jeder Bundeszahlung an die eigene Verantwortung für die Hochschulen erinnert würden.

Möglich wäre auch, dass der Bund etwa eine Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich als Investitionsprogramm finanziert. Eine neue Daueraufgabe des Bundes wäre, die Investitionen und den laufenden Unterhalt für die Digitalisierung und die Informationstechnik zu übernehmen. Ein Wettbewerb sollte dafür nicht stattfinden, denn dann blockieren wieder die guten Wissenschaftler ihre Kräfte mit Antragstellung und Evaluation.

Außerdem könnte man ein Drittel der Studienplätze an Universitäten in Fachhochschulen verlagern. Das wäre kein Skandal, sondern würde mit einem Effektivitätsgewinn von 1,5 Milliarden Euro im Jahr zu Buche schlagen. Und es wäre überdies eine längst überfällige Anpassung an die Realität. Die Ausbildungskosten für einen Studenten sind an Fachhochschulen um etwa 30 Prozent geringer als an Uni-

versitäten. Viele junge Menschen werden an Fachhochschulen sogar für das, was sie später im Berufsleben benötigen, besser ausgebildet als an Universitäten. Dies gilt beispielsweise für einen großen Teil der Betriebswirtschaft oder Informatik.

Denkbar wäre auch, etwa die Hälfte der Leibniz-Institute in die Universitäten zu integrieren. Das hatte die Leibniz-Gemeinschaft vor der Exzellenzinitiative selbst vorgeschlagen. Sie hatte zur Versteigerung solcher „Leibniz-Institute der Universitäten“ ins Gespräch gebracht. Das könnte auch deshalb eine sinnvolle Lösung sein, weil seit Beginn der neunziger Jahre eine große Zahl von Instituten wegen der Finanzierungsprobleme des Sitzlandes zu Leibniz-Instituten gemacht wurden, nicht aus inhaltlichen Gründen. Die weitere Finanzierung dieser Institute durch Bund und Länder müsste selbstverständlich erhalten bleiben. Eine vernünftige Form der Eigenständigkeit unter Bundesbetreuung innerhalb der Universität zu finden dürfte keine Überforderung der Akteure sein. Wo ein Wille und etwas Mut sind, ist auch ein Weg.

Bei einem Etat der Leibniz-Gemeinschaft von etwa einer Milliarde Euro pro Jahr verbessert dies die Grundausstattung der Universitäten in der Größenordnung von 0,5 Milliarden pro Jahr. So könnten in Berlin, Rheinland-Pfalz und Hessen, wo ich die Situation gut überblicke, mindestens die Hälfte der Leibniz-Institute genauso gut als solche Institute innerhalb einer Universität arbeiten, möglicherweise sogar besser, wenn „Hum-

boldt“ als Einheit von Forschung und Lehre kein Lippenbekenntnis ist. Obwohl es nicht zusätzliche Mittel im System sind, kämen diese Ressourcen so auch ganz der Hochschule zugute. Darüber hinaus bin ich mir sicher, dass die Qualifikation der zusätzlichen Kollegen eher besser ist, als sie durch zusätzliche neue Rekrutierung aus den Hochschulen wäre.

Es könnten auch 20 Prozent der Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft in Universitäten verlagert werden. Warum wäre es nicht möglich, die schon jetzt bestehenden sieben Helmholtz-Institute in den Universitäten zu Helmholtz-Instituten der Universitäten zu machen? Warum könnte man nicht die engen Kooperationen in Karlsruhe (KIT) und in Berlin (BIG) konsequent zu Ende führen? Weiter könnten folgen. Dies könnte die Grundausstattung der Universitäten nochmals um bis zu 0,5 Milliarden Euro pro Jahr verbessern.

In jedem Fall gilt es, das Auseinanderklaffen der Wissenschaftsfinanzierung zu Lasten der Hochschulen zu vermeiden. Der Bund sollte die Länder verpflichten, dass sie ihrerseits ihren Anteil an der Grundfinanzierung, gekoppelt an einen festzusetzenden Index, regelmäßig erhöhen. Dies könnte zum Beispiel der gleiche Prozentsatz sein wie der zukünftig zu vereinbarenden Steigerungssatz des Paktes für Forschung und Innovation.

Dieses Maßnahmenpaket will nur Möglichkeiten aufzeigen. Es muss aber allen bewusst sein, dass das Problem durch zusätzliche staatliche Mittel allein nicht zu lösen ist. Außerdem muss unser deut-

liches Wissenschaftssystem in seiner aufgabenbezogenen Differenzierung auch angemessene Folgen in der Finanzierung haben, das heißt, dass Mittel im System primär zum Wohl des Gesamtsystems eingesetzt werden müssen. Allen Beteiligten muss klar sein, dass es für große politische Weichenstellungen zumeist nur einen bestimmten Zeitraum gibt.

Dieser ist eng und kann durchaus verspielt werden. Nur am Anfang der nächsten Legislaturperiode des Bundes, wenn über die Verlängerung der Pakte in Deutschland (Hochschulpaket, Pakt für Forschung und Innovation usw.) entschieden wird, also über etwa fünf Milliarden Euro pro Jahr, besteht die Chance, dass alle Akteure, die man dazu braucht – Bund, Länder, Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen –, über die Hürden von kurzatmigen Partikularinteressen hinweggehen und den dauernden Lippenbekenntnissen Taten folgen lassen. Sind diese 5 Milliarden erst einmal verteilt, wird sich keiner der Beteiligten mehr bewegen, sofern er sein Schäfchen im Trockenen hat, so sinnvoll eine Gesamtlösung auch immer sein mag.

Der Bund sollte sein zusätzliches Engagement ganz klar davon abhängig machen, dass auch alle anderen Akteure bereit sind, sich im Interesse der gesamten Gesellschaft zu bewegen. Er muss die Initiative ergreifen, will er nicht unsere Zukunft in der unruhigen globalisierten Welt verspielen.

Der Autor war Wissenschaftsminister in Rheinland-Pfalz und Bildungs- und Wissenschaftssenator in Berlin. Er ist SPD-Mitglied.

Menschen statt Bücher

Warum Zeitzeugen im Geschichtsunterricht eine Chance, aber auch ein Problem sein können / Von Heike Schmolle

Als der frühere Oberbefehlshaber der Wehrmacht und Nachfolger Adolf Hitlers, Karl Dönitz, 1963 als Zeitzeuge vor Schülern auftrat, waren sie, wie eine Aufzeichnung zeigt, fasziniert von seinem Bericht. Der 1981 gestorbene Dönitz gehörte zu den Hauptangeklagten der Nürnberger Prozesse und war zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Bei Schülern bleibt solch eine Geschichtsstunde häufig besser haften als noch so gut vom Lehrer vermittelter Stoff. Inzwischen gehört es deshalb fast zum guten Ton, wenigstens einmal im Geschichtsunterricht Zeitzeugen einzuladen. Die wenigen noch existierenden KZ-Überlebenden werden herangezogen; leichter ist es mit dem Einsatz der DDR-Zeitzeugen oder mit den von der Staatssicherheit verfolgten ehemaligen Bewohnern der DDR.

Doch was bleibt außerhalb der nicht messbaren Aura des Zeitzeugen? Ist der Lerneffekt einer solchen Geschichtsstunde tatsächlich größer? Zum ersten Mal hat nun eine Studie der Konstanzer Historikerin Christiane Bertram und der Tübinger Erziehungswissenschaftler Wolfgang Wagner und Ulrich Trautwein die Wirkung von Zeitzeugen im Geschichtsunterricht in 35 Klassen mit insgesamt 900 Gymnasiasten der neunten Jahrgangsstufe untersucht und mit einer Kontrollgruppe von fünf Gymnasialklassen ohne Zeitzeugen im Unterricht verglichen. Die Studie mit dem Titel „Learning Historical Thinking With Oral History Interviews“, veröffentlicht im „American Educational Research Journal“, zeigt die Chancen und

Gefahren des Zeitzeugen-Einsatzes sehr deutlich. Obwohl die Stunde mit dem Zeitzeugen durch jeweils vier gegensteuernde Unterrichtsstunden vorbereitet und eine weitere nachbereitet wurde, tendierten die Schüler noch immer dazu, die Aussagen des Zeitzeugen als historische Wahrheit zu betrachten.

Selbst Neuntklässler im Gymnasium seien gefährdet, sich vom Zeitzeugen gleich-

sam überwältigen zu lassen. Die Person werde nicht als eine von vielen Quellen mit einer spezifischen Darstellung gesehen; nach solch einer Geschichtsstunde sei es ungeheuer schwer, noch Distanz zu gewinnen. Für jüngere Schüler gelte das erst recht, sagte Trautwein im Gespräch mit dieser Zeitung. Nach etwa sechs Wochen der Effekte der Zeitzeugen-Aura deutlich abgeschwächt. Idealerweise soll-

ten zwei Zeitzeugen eingeladen werden, schlägt Trautwein vor – doch die Wirklichkeit zeigt, dass das nur in den seltensten Fällen gelingt. Um über die Erkenntnis-kriterien für historische Urteile etwas zu lernen, sind möglicherweise Unterrichtsszenen ohne Zeitzeugen effektiver, auch wenn Schüler nach solch einer lebendigen Unterrichtsstunde den Eindruck haben, sehr viel gelernt zu haben.

Für Geschichtslehrer sei die Studie eine Warnung, nicht ausschließlich nach dem Interesse der Schüler zu fragen, sondern den Lerneffekt im Auge zu behalten. Ein vorschneller oder unbedachter Einsatz von Zeitzeugen im Geschichtsunterricht könne einem Quellenunterricht unterlegen sein. Oft genug könne der Zeitzeuge zwar großes Interesse wecken, verfehle aber die eigentlichen Lernziele, sagte Trautwein, der nach dieser Pionierstudie auf weitere Untersuchungen hofft. Historisches Denken lernen Schüler auf diese Weise offensichtlich nicht immer. Umso sorgfältiger müsse mit dem Einsatz von Zeitzeugen umgegangen werden, eine entsprechende Relativierung in Vor- und Nachbereitung sei entscheidend. Ob damit die emotionale Wirkung eines Zeitzeugen abzuschwächen ist, bleibt dahingestellt. Immerhin zeigten die Schüler mit Zeitzeugen-Interviews zunächst mehr Faktenwissen, allerdings waren sie beim historischen Verständnis insgesamt der Kontrollgruppe ohne Zeitzeugen unterlegen. Im Mai wird die Universität Tübingen eine Tagung zur Funktion der Zeitzeugen veranstalten. oll.



Damals auf dem NS-Kindertransport: Oswald Stein (91) und Lee Edwards (93) in einem Klassenzimmer des Heinrich-von-Gagern-Gymnasiums in Frankfurt

Foto dpa

Bedenkliches Notendumping

Die Kultusministerkonferenz (KMK) besitzt die seltene Gabe, ihre Statistiken so zu erweitern, dass sich eine Vergleichbarkeit mit früheren Jahren nicht herstellen lässt. Das gilt jedenfalls für die Notenstatistik der KMK, nach der die Abiturienten in den vergangenen zehn Jahren erheblich besser geworden sind. Seit 2006 fließen in diese Statistik auch die Noten der Berufsschüler mit ein – reiner Zufall? Zwei Bildungsforscher haben daraufhin die Abiturnoten von 1972 bis 2008 untersucht und Daten aus dem „Konstanzer Studierendensurvey“ verwendet, die eindeutig zeigen, dass die Abiturienten mit immer besseren Noten an den Hochschulen ankommen.

Die Note Zwei scheint der neue Durchschnitt an der Schule zu sein, die Anzahl der Einsen hat sich sprunghaft erhöht, und für die ganz außergewöhnlich guten Schüler mit weit überdurchschnittlichen Leistungen gibt es keine Bewertungsmöglichkeiten mehr. Überdurchschnittlich gute Schüler müssen sich in die immer größer werdende Schar der Einserkandidaten einordnen. Allein in Berlin wuchs die Anzahl der 1,0-Abiture von 17 im Jahr 2002 auf 234 im Jahr 2012, das ist das Vierzehnfache.

Die sonnenverwöhnten Schüler kommen mit entsprechenden Erwartungen an die Hochschulen und verstehen die Welt nicht mehr, wenn ein Hochschul-lehrer ihre Leistungen mit einer 2,3 bewertet. „Es gibt Fächer wie Biologie und Psychologie, in denen die Eins die häufigste Note ist“, sagt der Soziologe Volker Müller-Benedict von der Universität Flensburg, der mit seinem Kollegen Gerd Grözinger, Bildungsökonom an derselben Universität, nun ein Buch zur Vergleichbarkeit von Examennoten 1960 bis 2013 veröffentlicht hat.

Für ihre Studie „Noten an Deutschlands Hochschulen“ haben die Forscher für ausgewählte Fächer mit einem Team drei Jahre lang 138 000 Prüfungsakten und 700 000 Examennoten aus sieben Universitätsarchiven in der Bundesrepublik von 1960 bis 1996 ausgewertet. Dazu kamen etwa 5,3 Millionen Daten aus der offiziellen Notenstatistik seit 1996. Die von den Forschern nachgewiesene Noteninflation verläuft in Zyklen, die mit dem Arbeitsmarkt und mit der Anzahl der Studenten in einem Fach zusammenhängen. Wenn auf dem Arbeitsmarkt Mangel herrscht, werden die Noten besser, bei Überfüllung wird strenger ausgesiebt. In Massenfächern wie Biologie und Germanistik wird strenger benotet, um die Spreu vom Weizen zu trennen.

Wie sehr sich die Benotung von Fach zu Fach unterscheidet, zeigt die Vier bei den Juristen, die fast überall dem Durchschnitt entspricht. Ein Vollbefriedigend qualifiziert bekanntlich schon für den Staatsdienst. In anderen Fächern gibt es fast nur Einsen. Ältere Hochschullehrer oder Frauen geben nach Erkenntnissen der beiden Forscher oft bessere Noten. Die vielen internationalen Studenten indessen drücken den Notenschritt offenbar häufig.

Angesichts ihrer Befunde fordern die beiden Forscher eine größere Vergleichbarkeit der Noten auch an Universitäten und Hochschulen. So solle das Statistische Bundesamt regelmäßig die bundesweiten Durchschnittsnoten der Fächer veröffentlichen, das könnte als Orientierung für Arbeitgeber dienen und Aufschluss über die einzelnen Fächer geben, die häufig in interdisziplinären Verbänden auftauchen.

Außerdem wünschen sich die Forscher eine Einordnung der Noten etwa in einem kleinen Balkendiagramm auf dem Zeugnis. Daraus müsste hervorgehen, wie viele Einsen, Zweien, Dreien, Vieren und Fünfen es in den vergangenen fünf Jahren in dem betreffenden Fach an der jeweiligen Universität gegeben hat. Es war ihnen nämlich aufgefallen, dass Fachhochschulen deutlich bessere Bachelor-Noten vergeben – „und zwar nicht, weil sie die besseren Studierenden haben“, sagt Grözinger. Da die Studienplätze für den Master meist nach Notenschritt vergeben werden, wirkt sich hier die mangelnde Vergleichbarkeit spürbar aus. Weil die Noten ohnehin nicht viel aussagen, könne man bei der Vergabe von Masterplätzen auch gleich auf ein Losverfahren setzen, fordern die Forscher.

Einen der Gründe für die Noten-inflation sehen die Forscher in der Beurteilung der Professoren nach ihren Absoluten. Es gibt deshalb Länder, die Absolventen und Doktoranden zahlen bewusst aus den Leistungskriterien ausgeklammert haben – wie Baden-Württemberg, andere sind jedoch dabei geblieben. Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz Horst Hippler warnte davor, gute Noten mit guter Lehre in Verbindung zu sehen. Er spricht sich sogar dafür aus, die bisherige Notenskala durch drei Kategorien zu ersetzen: „exzellent – bestanden – durchgefallen“. Mehr brauche man eigentlich nicht, so Hippler.

Sollte sich die Noteninflation beim Abitur fortsetzen, werden die Universitäten in den einzelnen Fächern Eignungs- oder Aufnahmeprüfungen einführen. Wäre der organisatorische Aufwand nicht so groß, hätten sie es längst getan. Ähnlich werden es Firmen halten, sie werden im Zweifel keinen Pflifferling mehr auf Noten geben, sondern ihre eigenen Eignungskriterien entwickeln. oll.